

Haushaltsrede der BSW-Ratsgruppe Herne – Stadtverordneter Norbert Arndt Begründung der Ablehnung des Haushaltsentwurfs 2026

Ich gestehe, dass ich in Sachen Haushaltsplanung ein absoluter Laie bin. Umso größer ist meine Bewunderung für die Kolleginnen und Kollegen, die sich, Jahr für Jahr, kenntnisreich mit dieser Materie herumschlagen müssen. Und die es nach der Einbringung des Haushaltsentwurfs am 4. November, innerhalb weniger Wochen wieder geschafft haben, zumindest bilanztechnisch, einen genehmigungsfähigen Haushaltsentwurf aus dem Hut zu zaubern. Das ist ein richtiges Kunststück und mit Sicherheit unterbezahlt.

Normalsterblichen ist Möglichkeit verbaut

Die Stadt sollte Seminare anbieten, etwa für die wachsende Zahl der überschuldeten Familien, die laut Schuldner-Atlas von Creditreform, inzwischen fast 17 Prozent der Herner Bevölkerung ausmachen. Oder auch für eine größer werdende Anzahl mittelständischer Unternehmen denen durch die, im dritten Jahr anhaltender Wirtschaftskrise und eine verfehlte Wirtschaftspolitik der Regierungen in Bund und Land das Genick gebrochen wird. Wenn dann noch Sparkasse und Banken mitspielen, so wie der Regierungspräsident bei Städten wie Herne, wären sie aus dem Schneider. Aber leider ist Normalsterblichen, die in Herne immer häufiger kein Auskommen mit dem Einkommen haben, diese Möglichkeit verbaut.

„Reden wir nicht nur über Krisen“ – MdB-Bollmann weiß wo der Schuh drückt

Aber was soll's: „Reden wir nicht nur über Krisen“ wie der SPD-Bundestagsabgeordnete Bollmann, freundlich lächelnd, regelmäßig auf Facebook postet. Er ist ja inzwischen Sprecher seiner Fraktion im „Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen“ und gilt als „Kommunalexperte“. Hendrik weiß wo in Städten wie Herne der Schuh drückt. Sollte man zumindest meinen, denn er hat es über Jahre in diesem Ratssaal- hautnah mitbekommen! Reden wir also nicht „nur über Krisen“, sondern über das Füllhorn des „Sondervermögens für Infrastruktur“, welches lt. des Kommunalexperten Bollmann, ein „positives Zeichen für Städte mit kleinem Geldbeutel“ sei.

Klägliche 92,2 Mill.€ in 12 Jahren für Herne – ein positives Zeichen?

Da gehört die Stadt Herne ohne Zweifel dazu. Der Haushaltsentwurf gibt davon Zeugnis. Von den 500 Mrd.€ „Sondervermögen“ (tatsächlich sind es Kredite!), gehen gerade mal 100 Mrd. an Länder und Kommunen. Für NRW sind das bekanntlich 21,1 Mrd.€. Auf den „kleinen Geldbeutel“ unserer Stadt entfallen in Summe klägliche 92,2 Mill. € und das noch gestreckt auf 12 Jahre. D.h. in den kommenden 12 Jahren bleiben dann jährlich 7,7 Mio.€ übrig! Und das bei einem Haushalts-Minus von 127 Mio.€, allein in 2025 plus der aufgelaufenen Altschulden! Aber es gibt ja noch weitere „positive Zeichen“. So kann sich die Stadt durch Teilnahme an der Förder-Topf-Lotterie des Landes, - in Konkurrenz zu anderen Kommunen - und bei etwas Glück, noch das eine oder andere Häppchen vom „Sondervermögen-Kuchen“ an Land ziehen.

Für Bußmann (CDU) ein enormes Signal

Was für Hendrik Bollmann ein „positives Zeichen“ ist, nennt Herr Bußmann von der CDU ein „enormes Signal aus Düsseldorf“. Lob für die CDU/Grüne Landesregierung, die gerade mal 60 Prozent der Mittel an die NRW-Kommunen weiterreicht.

Manchmal springt der Tiger eben gar nicht erst – und landet dennoch als Bettvorleger! In einer seiner Jubel-Arien auf das sogen. Sondervermögen verweist Kommunalexperte Bollmann auch darauf, dass damit der „Investitionsstau der letzten Jahre“ aufgelöst werden soll.

Investitionsstau – weiterer Substanzverlust an Herner Infrastruktur

Für Herne hatte das GMH im September 2005, für die seinerzeit 305 kommunalen Immobilien einen Sanierungsstau von 67,5 Mio.€ ermittelt. „Mit steigender Tendenz!“ Bei der Info-Runde der BSW-Ratsgruppe zum Haushaltsplan mit dem Herrn Stadtkämmerer Ulrich, am 1. Dezember 2025, bezifferte dieser auf unsere Nachfrage, den aufgelaufenen Investitionsstau „überschlägig mit 400 Mio.€“! Da hat sich in den zurückliegenden 20 Jahren also enorm was getan, allerdings nicht zum positiven! Das lässt aufhorchen und kommt zu all den anderen Problemen der kommunalen Finanzkrise, - weiterhin mit steigender Tendenz, oder besser: mit weiterem Substanzverlust, hinzu. Wie allein dieser Investitionsstau in Herne mit dem „enormen Signal“ von 7,7 Mio.€ aufgelöst werden soll bleibt Herrn Bollmanns und Herrn Bußmanns Geheimnis.

Für Kasernen und das Militär gibt es kein Limit

Mit Sicherheit dürfen wir davon ausgehen, dass das Problembewusstsein bei Bundes- und Landesregierung größer wäre und quasi unbegrenzt erforderliche Gelder zur Verfügung ständen, wenn es sich nicht gerade um Schulen, OGS, Kita, wenn es sich nicht um Einrichtungen der Jugendhilfe, den Betriebshof, Personalunterkünfte, Bürogebäude und Kultureinrichtungen handeln würde. Sondern wenn es um Kasernen und andere Militäreinrichtungen ginge! Denn dafür gibt es kein Limit! Die Bundeswehr kann im Gegensatz zu unserer Stadt, aus dem Vollen schöpfen! Die politischen Weichen dafür, wurden ja erst kürzlich, von den auch hier im Rat vertretenen Parteien, im Bundestag und Bundesrat mehrheitlich gestellt.

Für Herne kein Geld – Aktienkurse der Rüstungsschmieden gehen durch die Decke

Und wir werden erleben – und damit bin ich immer noch bei der mittelfristigen Finanzplanung- wenn bereits in Kürze, fast jeder zweite kreditfinanzierte Euro des Bundeshaushalts für Hochrüstung und Kriegstüchtigkeit ausgegeben wird, wie allein die dafür aufzubringenden Zinsen, negativ auf die Landes- und Kommunalhaushalte durchschlagen werden. Während übrigens bei Rheinmetall und in anderen Rüstungsschmieden die Aktienkurse durch die Decke gehen! Das gehört zur sogen. „Zeitenwende“, dass sich unter diesen, noch gar nicht in der Finanzplanung eingepflegten Bedingungen, der avisierte Haushaltsausgleich im Jahre 2034 als Blütentraum erweisen wird.

Bundesregierung beteiligt sich nicht an Finanzierung kommunaler Kriegstüchtigkeit

Nach einem Bericht der BERLINER ZEITUNG vom 4. Oktober 2025 hat die Bundesregierung übrigens auch nicht die Absicht, sich finanziell an der kommunalen Umstellung auf Kriegstüchtigkeit zu beteiligen. Diesbezüglich haben wir in den bereitgestellten Unterlagen nichts Erhellendes gefunden! Es fragt sich ob da nicht bereits einiges hinter dem Rücken der Herner Öffentlichkeit in die Wege geleitet wird!?

Stellenplan mit personeller Unterdeckung

Es wird sie nicht verwundern, dass wir uns die Stellenplanung besonders aufmerksam angeschaut haben. Dabei begrüßen wir im Grundsatz, den, wenn auch nur spärlichen Personalaufwuchs. Natürlich reicht dieser, aus unserer Sicht, für eine serviceorientierte, bürgernahe, öffentliche Verwaltung nicht aus. Objektiv betrachtet haben wir es in vielen Bereichen der Verwaltung aber auch in den Beteiligungsgesellschaften mit einer, an den zu erledigenden Aufgaben gemessenen, personellen Unterdeckung zu tun. Dies gilt besonders für die bürgernahen und die gewerblich-technischen Bereiche der Verwaltung. Nicht nur die kommunale Infrastruktur, auch der Personalkörper ist über Jahre auf Verschleiß gefahren

worden. Das hat seine Spuren hinterlassen, zu teils erheblicher Arbeitsverdichtung, innerer Kündigung aus Selbstschutz, tendenzieller Überalterung und zu einem anhaltend hohen Krankenstand geführt.

Zweiter Geschäftsführer für Entsorgung aber Lohndumping für Beschäftigte

Da würde sich so mancher Beschäftigte über personelle Verstärkung freuen. Wie sie jetzt etwa auf der Vorstandsetage von „entsorgung herne“ erfolgen soll. Hier wurde von SPD und CDU vereinbart, einen zweiten Geschäftsführer zu berufen. Das Zugriffsrecht liegt bei der CDU. Die „entsorgung herne“ ist übrigens der Betrieb, wo seinerzeit bei Einführung des dualen Sammelsystems (gelbe Säcke) eigens eine GmbH ausgegründet wurde und das zum Zwecke des Tarif- und Lohndumpings!

Negative Tarifabschlüsse? – Das ist bemerkenswert

Hinter all dem Zahlenwerk das einer Haushaltssatzung innewohnt, verbergen sich letztlich Menschen, die Bürger dieser Stadt und nicht zuletzt die abhängig Beschäftigten, die den Laden tagtäglich am Laufen halten. Deren tariflich garantiertes Einkommen übrigens auch ein nicht zu unterschätzender Nachfragefaktor in der Stadt ist. Und denen wird jetzt im Haushaltssicherungskonzept (S. 11) gesagt: Das auf der Aufwandseite *„kaum beeinflussbare negative Entwicklungen (...) wie die in jüngster Vergangenheit außerordentlich hohen Tarifabschlüsse zu einer immer schwereren und dauerhaft bleibenden Belastung für den Haushalt“* geführt hätten. Das ist bemerkenswert!

Stadt beteiligt sich an Legendenbildung

Weil ihre Parteifreunde von CDU/SPD und GRÜNE in Bundes- und Landesregierung auf der Einnahmeseite total versagen, der Kommune die Luft abschnüren, keine nachhaltige kommunale Finanzreform auf die Reihe bekommen, Milliarden ungeschoren davonkommen lassen, und Milliarden für Hochrüstung und Rüstungsexporte verbrennen, beteiligt sich die Stadt Herne jetzt an der Legendenbildung von den angeblich zu hohen Löhnen, als eine Hauptursache für die Herner Finanzmisere. Das unterscheidet sich aber deutlich von den Sonntagsreden beim Arbeitnehmerempfang, am 1.Mai oder auf Personalversammlungen. Das hätten SPD und CDU im Kommunalwahlkampf mal plakatieren sollen! Da können die Beschäftigten ja nur froh sein, dass die Verwaltungsspitze diese aus ihrer Sicht „negativen Entwicklungen“, dank Tarifvertrag, kaum beeinflussen kann! Wohlgermerkt „kaum“, denn da wo sie meint es zu können, versucht sie es immer mal wieder! Etwa bei Erzieherinnen oder beim KOD, der doch im Wahlkampf als Garant für „Sicherheit und Ordnung“ so hoch in Kurs stand.

Was ist aus der Personalaufstockung im KOD geworden?

Die CDU forderte in ihrem Kommunalwahlprogramm und auf Plakaten noch die personelle Aufstockung des Kommunalen Ordnungsdienstes. Das hat auch seinen Niederschlag in der Kooperationsvereinbarung von SPD und CDU gefunden. Zitat: „Der KOD soll qualitativ und quantitativ ausgebaut werden und mehr Präsenz zeigen.“ Im Stellenplan für 2026 haben wir auch dazu nichts gefunden! Und wir sind gespannt und werden darauf achten ob unter „qualitativen Ausbau“ auch eine vernünftige Unterbringung der KOD-Beschäftigten gemeint ist. Denn die wäre dringend nötig!

Gestern ausgepresst wie eine Zitrone – heute ist kaputtsparen angesagt

Gestern war die Stadtverwaltung nach jahrelangem Einsparkurs -wie es ein ehemaliger Kämmerer ausdrückte- bereits „ausgepresst wie eine Zitrone“, heute und morgen läuft sie Gefahr kaputtgespart und vor die Wand gefahren zu werden. Die BSW-Gruppe wird sich daran, im Interesse der Bürgerschaft und der Beschäftigten, nicht beteiligen. Deshalb lehnen wir den Haushaltsplan und das sogenannte Haushaltssicherungskonzept ab!